

Vortrag  
des  
Parlamentarischen Staatssekretärs  
beim Bundesminister der Verteidigung  
**Christian Schmidt**

zum Thema  
**„Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die  
wehrtechnische Industrie in Deutschland“**

anlässlich  
des Parlamentarischen Abends  
des Arbeitskreises der Betriebsräte in der Wehrtechnik, Luft- und  
Raumfahrt  
am 30. Juni 2009 in Berlin

**Es gilt das gesprochene Wort.**

## Gliederung

Begrüßung und Einführung .....	3
Konjunkturprogramm .....	4
Auswirkungen der Wirtschaftskrise und Einzelplan 14 .....	5
Sicherheits- u. kooperationspolitische Bedeutung der wehrt. Industrie.....	7
Strategische Partnerschaft von Bundeswehr und wehrt. Industrie .....	10
Rüstungsprogramme.....	11
Rüstungswirtschaftliche Entwicklung in Europa.....	13
Kompensationsforderungen (Offsets) .....	15
Nationale und europäische Konsolidierung .....	16
Rüstungsexport .....	18
Rüstungsexportunterstützung.....	19
Fazit .....	20

## Begrüßung und Einführung

Sehr geehrter Herr Bernhard<sup>1</sup>,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren!

- Vielen Dank für die Einladung zu diesem Parlamentarischen Abend des Arbeitskreises der Betriebsräte in der Wehrtechnik und der Luft- und Raumfahrt.
- Ich bin der Bitte, vor Ihnen zu den „Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die wehrtechnische Industrie in Deutschland“ vorzutragen, gerne gefolgt.
- Schon der Blick in den Kreis der Gäste des heutigen Abends zeigt, dass es bei diesem Parlamentarischen Abend um ein für die Industrie, die Bundeswehr und die Politik sehr wichtiges Thema geht.
- Industrie, Verteidigungsministerium und Politik haben ein elementares Interesse, die negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die nationale Rüstungsindustrie zu minimieren.
- Die Frage, wie die deutsche Rüstungsindustrie diese schwierige Phase überwinden kann, muss von allen Beteiligten gemeinsam beantwortet werden. Wir, die Entscheidungsträger in Industrie, Bundeswehr und Politik sind gleichermaßen gefragt, unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der zukünftigen Finanzlage, im derzeit schwierigen Fahrwasser einen geschickten Kurs zu wählen.

---

<sup>1</sup> 1. Vorsitzender des Arbeitskreises

## Konjunkturprogramm

- Meine Damen und Herren, eine klare Antwort der Bundesregierung auf die Krise ist das Konjunkturprogramm II, an dem auch das Verteidigungsressort Teil hat. Mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird zu der bestehenden Beauftragung der wehrtechnischen Industrie eine weitere kurzfristige Bedarfsdeckung durch die Bundeswehr und damit eine zusätzliche Beauftragung der heimischen Industrie ermöglicht.
- Mit den im Rahmen des Konjunkturprogramms II für die Rüstung zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln erhält die deutsche Rüstungsindustrie einen zusätzlichen wirtschaftlichen Impuls, der zur Auslastung bestehender industrieller Kapazitäten, den Erhalt und den Ausbau technologischer Fähigkeiten sowie der damit verbundenen hochwertigen Arbeitsplätze in Deutschland beiträgt.
- Von Bedeutung für den Verteidigungshaushalt in diesem wie auch dem nächsten Jahr ist die Teilhabe am Konjunkturpaket II der Bundesregierung, an dem das BMVg mit rund 560 Mio €partizipiert.
- Im Einzelnen: Aus dem für Bundesinvestitionen außerhalb des Verkehrsbereichs vorgesehenen Volumen von 2 Mrd. € erhält das BMVg 250 Mio. € für Baumaßnahmen in seinen Liegenschaften. Damit sollen unter anderem Unterkunfts-, Betreuungs- und Stabsgebäude modernisiert werden. Kennzeichen aller Baumaßnahmen ist eine nachhaltige energetische Verbesserung der Liegenschaften sowie eine Reduzierung der Klimakosten. Darüber hinaus sollen die Baumaßnahmen ein möglichst hohes Maß an Beschäftigungswirksamkeit entfalten.
- Auch der Bereich des Investitions- und Ausstattungsbedarfs der Streitkräfte wird durch das Konjunkturprogramm II profitieren. Aus

dem Sondervermögen stehen hierfür rd. 226 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus sollen im Rahmen des Haushaltsvollzuges Maßnahmen aus Teil II der Geheimen Erläuterungsblätter zum Haushalt 2009 aus dem Einzelplan 14 realisiert werden. Mit dem damit bestehenden Gesamtvolumen in Höhe von rd. 256 Mio. € sollen u.a. weitere geschützte Fahrzeuge, Feldlagerkomponenten sowie Material für die Sanität im Einsatz beschafft werden. Auf diese Weise werden Schutz und Lebensbedingungen unserer Soldatinnen und Soldaten in den Einsatzgebieten verbessert.

- Zu guter Letzt wird das BMVg auch an den Finanzmitteln für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik mit insgesamt rund 86 Mio. € beteiligt. Diese Haushaltsmittel werden u.a. in den Ausbau und die Modernisierung von IT-Liegenschaftsnetzen in Bundeswehrliegenschaften, in den Ausbau der Onlinemedien sowie in Green-IT-Rechenzentren investiert.
- Insgesamt entfaltet die Bundeswehr wichtige Stützungsimpulse für die deutsche Wirtschaft, gerade für kleine und mittlere Unternehmen.

#### Auswirkungen der Wirtschaftskrise und Einzelplan 14

- Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen an dieser Stelle einige Eckpunkte des Verteidigungshaushaltes vorstellen.
- Die Entscheidung zur Weiterentwicklung der Bundeswehr im Jahr 2003 fußt auf dem 37. Finanzplan mit steigenden Verteidigungsausgaben ab dem Jahr 2007, nachdem die Verteidigungsausgaben zuvor lange nominal konstant blieben. Nachdem mit dem 38. Finanzplan sowie mit den beiden folgenden Finanzplänen Abstriche gegenüber dieser Planung hinzunehmen waren, ist die Bundeswehr mit ihrer Finanzausstattung ab

dem 41. Finanzplan wieder auf die Linie des 37. Finanzplans eingeschwenkt.

- Auch wenn mehr Mittel für ein schnelleres Vorankommen im Transformationsprozess, insbesondere im Bereich der Verteidigungsinvestitionen zur Stärkung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wünschenswert gewesen wären, so lässt sich dennoch positiv verbuchen, dass es jedenfalls bis einschließlich 2009 gelungen ist, die Bundeswehr in einer nach Betrieb und Investitionen ausgewogenen Entwicklung zu halten und in der vergangenen Legislaturperiode neuerliche Strukturentscheidungen zu vermeiden.
- Wir stehen nunmehr an der Schwelle zu einer neuen Legislaturperiode. Der Regierungsentwurf zum Haushalt 2010 und der 43. Finanzplan wurden am 24. Juni 2009 vom Bundeskabinett beschlossen. Der massive Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und infolgedessen sinkende Steuereinnahmen und höhere Ausgaben, insbesondere auch als Folge steigender Arbeitslosigkeit, schaffen dabei nicht nur für den Verteidigungshaushalt 2010 ein schwieriges Umfeld.
- Vorweg will ich an dieser Stelle aber in Erinnerung rufen, dass der Haushalt 2010 und der 43. Finanzplan wegen des Wahljahres nur das Stadium des 1. Regierungsentwurfs erreichen und in dieser Fassung voraussichtlich nicht Gegenstand der parlamentarischen Beratungen werden wird. „Scharf gestellt“ wird dieser Haushalt und Finanzplan nach der Bundestagswahl. Gleichwohl ist kaum anzunehmen, dass sich im 2. Regierungsentwurf zum Haushalt 2010 nach der BT-Wahl die Perspektiven für den Einzelplan 14 günstiger darstellen werden.
- Die Verteidigungsausgaben der Jahre 2010 bis 2013 bewegen sich voraussichtlich auf dem Niveau des Haushalts 2009. Im Ergebnis bleibt die für den Regierungsentwurf 2010 verhandelte Finanzausstattung des

Verteidigungshaushalt eng, ist aber auskömmlich. Die 2003 begonnene Weiterentwicklung der Bundeswehr – insbesondere die Finanzierung der von der Bundesregierung international eingegangenen Verpflichtungen sowie die notwendigen Investitionen in Ausrüstung zum Schutz von Leib und Leben unserer im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten – kann weiter fortgesetzt werden.

#### Sicherheits- u. kooperationspolitische Bedeutung der wehr. Industrie

- Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Lage der einzelnen deutschen Rüstungsunternehmen im Hinblick auf Umsatz, Gewinnerwartung und Auftragslage zu beurteilen und erfolgreiche Marktstrategien zu entwickeln, ist zweifellos eine unternehmerische Aufgabe und kaum eine des Bundesministeriums der Verteidigung. Dennoch ist das Verteidigungsministerium natürlich daran interessiert, dass unsere Rüstungsunternehmen in Deutschland leistungsstark und wirtschaftlich gesund sind.
- Die Bundesregierung hat sich zur Bedeutung der heimischen Rüstungsindustrie ganz klar positioniert. Deutschland braucht aus sicherheits- und kooperationspolitischen Gründen eine solide nationale Rüstungsindustrie.
- Ich möchte Ihnen den sicherheitspolitischen Stellenwert der wehrtechnischen Industrie etwas näher erläutern.
- Es freut mich, dass Deutschland seine Soldatinnen und Soldaten mit leistungsfähiger moderner Ausrüstung und Bewaffnung in den Einsatz schicken kann. Wir setzen alles daran, die bei den laufenden Einsätzen erkannten Fähigkeitslücken rasch zu schließen. Was die militärischen Fähigkeiten und materielle Ausstattung unserer Einsatzkontingente angeht, brauchen wir den internationalen Vergleich nicht zu scheuen.

Davon konnte ich mich bei meinen Truppenbesuchen vor Ort selbst überzeugen.

- Es wird auch in Zukunft eine der zentralen Aufgaben des BMVg sein, ausgehend von den erwarteten Einsatzszenarien, den Bedarf der Streitkräfte vorausschauend zu planen und den materiellen Bedarf wirtschaftlich zu decken. Es ist Teil der sicherheitspolitischen Vorsorge bestens gerüstet zu sein - und das meine ich in diesem Zusammenhang ganz wörtlich. Das sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan und sonst wo in den Einsatzgebieten auch uneingeschränkt schuldig. Angesichts der Einsatzerfordernisse brauchen wir keine Goldrandlösungen, sondern der pragmatische Ansatz muss im Vordergrund stehen.
- Zum zweiten Aspekt: Auch aus kooperationspolitischer Sicht brauchen wir in Deutschland führende Rüstungsunternehmen. Denn nur wer Spitzentechnologie zu bieten hat, ist international als Kooperationspartner gefragt. Und wir sind gefragt!
- Deutschland ist seit Jahrzehnten über die militärische und die Rüstungszusammenarbeit im Rahmen der NATO und der Europäischen Union mit vielen Partnerländern eng verbunden. Die Beschaffungsstrategie des Rüstungsbereichs ist von jeher auf internationale Kooperation ausgerichtet. Eurofighter, A400M, NH90, Tiger, GTK Boxer – die Liste der Kooperationsvorhaben ist lang. Wir haben oft bei den Kooperationsvorhaben einen wichtigen nationalen Anteil, um unseren individuellen nationalen Forderungen gerecht zu werden. Hierbei stützen wir uns auch auf unsere heimische Rüstungswirtschaft ab.
- Rüstungszusammenarbeit bietet operative und wirtschaftliche Vorteile für die beteiligten Nationen und fördert Synergien im



Technologiebereich. Wehrtechnische Forschung und Technologie (F&T) ist eine wichtige Grundlage, um bei Rüstungsprogrammen die Realisierungsrisiken realistischer beurteilen zu können.

- Wir wollen uns bei FuT mit unseren europäischen Partnern eng abstimmen, um Duplizierungen zu vermeiden.
- Selbstverständlich bringt Gemeinsamkeit auch wechselseitige Abhängigkeiten mit sich. Deutschland akzeptiert diese Abhängigkeiten. Dafür erwarten wir einen insgesamt fairen Interessenausgleich und, dass deutsche Interessen angemessen berücksichtigt sind.
- Ich brauche Ihnen nicht zu erläutern, wie viel Technologie, wie viele Arbeitsplätze und welche Wertschöpfung mit milliardenschweren Rüstungsprogrammen in Deutschland und Europa geschaffen beziehungsweise erhalten werden. Deutschland nimmt in Europa eine technologische Spitzenposition ein. Diese wollen wir erhalten und möglichst ausbauen.
- Daher werden wir auch bei zukünftigen Kooperationsprogrammen einen gewichtigen Anteil der technologisch anspruchsvollen Systeme in Deutschland entwickeln und produzieren.
- Die Bundeswehr wird weiterhin in den Technologie-Standort Deutschland investieren.
- Das BMVg fördert Forschung und Technologie in vielen wehrtechnischen Bereichen. Zum einen durch die auftragsfinanzierte F&T bei der wehrtechnischen Industrie, zum anderen im Rahmen der grundfinanzierten Institute, wie DLR<sup>2</sup> oder FGAN<sup>3</sup>.
- Ich möchte hier auch die Wehrtechnischen Dienststellen der Bundeswehr nicht auslassen. Die bei den Wehrtechnischen

---

<sup>2</sup> DLR, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

<sup>3</sup> FGAN, Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften

Dienststellen vorhandene Expertise bildet eine wichtige Grundlage für die amtliche Bewertungs- und Beurteilungsfähigkeit. Nur so kann die Bundeswehr mit der Industrie technische Fragen sachkundig diskutieren und zu praktikablen Lösungen finden. Das BMVg hat vielfältige Maßnahmen eingeleitet, damit das Know-how bei den wehrtechnischen Dienststellen auch zukünftig erhalten bleibt.

#### Strategische Partnerschaft von Bundeswehr und wehrt. Industrie

- Verehrte Damen und Herren, die Bundeswehr steht uneingeschränkt zu der engen strategischen Partnerschaft mit der deutschen Rüstungsindustrie, und dies auch - oder gerade - vor dem Hintergrund einer derzeit insgesamt wenig erfreulichen Wirtschaftslage.
- Die Bundeswehr ist seit ihrer Gründung einer der großen öffentlichen Auftraggeber der Bundesrepublik. Die Bundeswehr setzt schon immer auf die enge Kooperation mit der Wirtschaft und deren Verbänden.
- Gerade die mit der Transformation eingeleitete Modernisierung der Bundeswehr kann nur in enger Kooperation mit der Wirtschaft erfolgreich sein. Ich denke hier an eine einsatzgerechte Ausrüstung oder logistische Dienstleistungen, um nur zwei Beispiele zu nennen.
- Deutschland hat eine ganze Reihe von erstklassigen, national wie international angesehenen Unternehmen. Viele dieser Unternehmen sind seit Jahrzehnten zuverlässige Partner der Bundeswehr und Auftragnehmer befreundeter Streitkräfte in Europa und der Welt.
- Eine leistungsfähige nationale Rüstungsindustriestruktur schließt sowohl die großen international aufgestellten Rüstungskonzerne als auch die vielen hochspezialisierten kleinen und mittleren Unternehmen ein. Gerade im Mittelstand gibt es zahlreiche hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Know-how wir in Deutschland

brauchen. Mit der breiten Palette industrieller und technologischer Fähigkeiten kann der spezifische Bedarf der Bundeswehr bestmöglich gedeckt werden.

- Der Mittelstand hat als unmittelbarer Auftragnehmer und im Zulieferbereich erheblichen Anteil an Bundeswehraufträgen. Spezialisierung, Innovationskraft und unternehmerische Flexibilität zeichnen den Mittelstand aus. So kann er maßgeschneiderte Lösungen für die Streitkräfte anbieten.
- Deutschland befindet sich in der komfortablen Situation, eine leistungsfähige Rüstungsindustrie im eigenen Land zu haben, so dass auch ein sehr großer Teil des nationalen Bedarfs durch heimische Unternehmen wirtschaftlich gedeckt werden kann.
- Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die von der Bundeswehr erteilten Rüstungsaufträge kann ich also Stabilität zusagen. Die Bundeswehr wird auch weiterhin zuverlässiger Partner und Auftraggeber der deutschen Rüstungsindustrie bleiben. Denn der materielle Bedarf der Streitkräfte besteht nach wie vor – besonders wegen unseres internationalen sicherheitspolitischen Engagements.

### Rüstungsprogramme

- Meine Damen und Herren, wenn ich an die Einsatzbereitschaft der Truppe und die laufende Modernisierung der Ausrüstung denke, ist es für mich sehr wichtig, dass gerade die großen Rüstungsprogramme nicht ins Stocken geraten.
- Dass einige Programme mit technischen Schwierigkeiten kämpfen und nicht innerhalb der geplanten zeitlichen, finanziellen Korridore bleiben, ist hinlänglich bekannt.

- Ich will es deutlich sagen. Ich erwarte von den Unternehmen, dass sie ihre eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen uneingeschränkt erfüllen. Partnerschaft bedeutet hier auch Verlässlichkeit bei den Zusagen.

---

- Die Bundeswehr steht regelmäßig vor weitreichenden Beschaffungsentscheidungen. Es geht hier um die militärische Einsatzbereitschaft, und auch um unsere Steuergelder. Und deshalb ist jede einzelne Entscheidung wohl überlegt zu treffen. In diesem Zusammenhang ist die derzeitige Situation beim CSAR<sup>4</sup>- und beim Marinehubschrauber zu sehen. In beiden Fällen handelt es sich um äußerst anspruchsvolle Missionen, die technisch erstklassige Hubschrauber erfordern. Ich halte es daher für geboten, diese Beschaffungsentscheidung mit äußerster Sorgfalt zu treffen. Dabei werden die mit dem Waffensystem NH90 bislang gemachten positiven wie negativen Erfahrungen eine Rolle spielen.
- Wo wir gerade im Luftfahrtbereich sind, so möchte ich noch anmerken, dass beim Eurofighter-Programm wichtige Entscheidungen des Haushalts- und Verteidigungsausschusses gefallen sind. Diese haben den Weg für die Tranche 3a frei gemacht.
- Ich bin darüber sehr erfreut und will auch gleich dazu sagen: Das BMVg steht unverändert aufgrund der operationellen Notwendigkeiten zur parlamentarisch gebilligten Beauftragung der gesamten Tranche 3 incl. Teiltranche 3b.

---

<sup>4</sup> CSAR, Combat Search and Rescue

## Rüstungswirtschaftliche Entwicklung in Europa

- Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte nach diesen mehr nationalen Aspekten nun zu den rüstungswirtschaftlichen Entwicklungen in Europa kommen.
- Die Gestaltung leistungsfähiger europäischer Wirtschaftsstrukturen ist vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs eine besondere Herausforderung für die europäischen Regierungen und die europäische Wirtschaft.
- Globalisierung ist auch im Bereich der Rüstung ein wichtiges Thema. Europa kann sich im globalen Wirtschaftsraum - im Rüstungsbereich insbesondere gegen die dominierende Stellung der USA - nur so gut behaupten, wie es in der Lage ist, die europäischen Stärken zu bündeln.
- Wir können die Entwicklung der wehrtechnischen Industrie in Deutschland daher nicht losgelöst von der in Europa betrachten. Frankreich, Italien, Großbritannien und auch die anderen EU-Nationen verfolgen ihre nationalen rüstungsindustriepolitischen Ziele und bereiten sich, so wie Deutschland auch, auf die Bildung einer europäischen Rüstungsindustriestruktur und eines europäischen Rüstungsmarktes vor.
- Deutschland als eine der großen Rüstungsindustrienationen gestaltet dabei sowohl die europäische technologische und industrielle Rüstungsindustriebasis<sup>5</sup> als auch den europäischen Rüstungsmarkt<sup>6</sup> aktiv mit.
- Entscheidend ist die Entwicklung einer international – auch über Grenzen Europa hinaus - leistungs- und wettbewerbsfähigen Industriestruktur, die den Regierungen bedarfsgerechte und

---

<sup>5</sup> *European Defence Technological and Industrial Base (EDTIB)*

<sup>6</sup> *European Defence Equipment Market (EDEM)*

wirtschaftliche Beschaffung ermöglicht. Die deutsche Rüstungswirtschaft braucht keine protektionistische Käseglocke, sondern einen fairen, offenen Markt in Europa und anderswo, auf dem Qualitätsprodukte und wirtschaftliche Angebote zählen.

- Für die Rüstungsunternehmen in Europa ist der Übergang von nationalen Teilmärkten zu einem gesamteuropäischen Rüstungsmarkt die anstehende Herausforderung. Es ist eine unternehmerische Aufgabe, sich auf dem europäischen Markt strategisch zu positionieren. Diese Aufgabe soll auch in privatwirtschaftlicher Verantwortung bleiben.
- Im gleichen Atemzug möchte ich aber ergänzen: Die Bundesregierung wird weiterhin diese Entwicklung eng begleiten und rüstungspolitisch flankieren, damit die Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb in Europa stimmen.
- Die Entwicklung eines europäischen Rüstungsmarktes und einer europäischen Rüstungsindustriebasis wird an Dynamik gewinnen. Der Europäischen Verteidigungsagentur in Brüssel kommt dabei eine zentrale Rolle als Moderator dieser Entwicklungen zu.
- Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen auf dem internationalen Markt sind schädlich für deutsche Unternehmen. Die Leistungsfähigkeit des Entwicklungs- und Produktionsstandorts Deutschland führt international nur dann zu Aufträgen, wenn harmonisierte Bedingungen und transparente Auftragsvergabe Chancengleichheit für in- und ausländische Unternehmen gewährleisten.
- Deutschland will gleiche Wettbewerbsbedingungen. Wir wollen den aufgrund der Eigentumsverhältnisse in anderen Ländern teilweise gegebenen staatlichen Einfluss auf Unternehmen begrenzen, harmonisierte Exportbestimmungen schaffen und Fehlentwicklungen, wie überzogene Kompensations- (Offset-) Forderungen,

entgegenwirken. Deutschland unterstützt die diesbezüglichen Initiativen der Europäischen Verteidigungsagentur. Denn Protektionismus bietet dauerhaft keine zufriedenstellende Lösung. Wer laut nach rein nationaler Beschaffung ruft, der riskiert, dass andere Länder danach handeln. Als Exportnation sollten wir uns klüger verhalten.

### Kompensationsforderungen (Offsets)

- Meine Damen und Herren, ich möchte hier auf das Thema Offsets etwas näher eingehen. Wir alle wissen, deutsche Unternehmen haben sich wohl oder übel auf diese Geschäftspraxis eingestellt.
- Offset-Vereinbarungen erschweren den Wettbewerb, verteuern Beschaffungen und wirken protektionistisch. Offset führt dazu, dass Kapazitäten dupliziert und Technologie und Produktionsanteile von Deutschland ins Ausland verlagert werden.
- Die Bundesregierung setzt sich seit langem für die Eindämmung von Offset-Geschäften ein. Die Bemühungen der Europäischen Kommission und der Europäischen Verteidigungsagentur, die negativen Effekte von Offset zu begrenzen, werden vom BMVg ausdrücklich unterstützt.
- Die Europäische Verteidigungsagentur hat im Oktober 2008 unter den Mitgliedsstaaten einen „Code of Conduct on Offsets“ verabschiedet, mit dem überzogene Offset-Forderungen eingedämmt werden sollen. Dieser Verhaltenskodex wird am 1. Juli 2009, also übermorgen, in Kraft treten. Die Kernforderung des Codes, ist die Beschränkung der Offsetforderungen auf 100 % des Auftragswertes.
- Aus deutscher Sicht wären weiterreichende Regelungen wünschenswert gewesen, sind jedoch aufgrund der unterschiedlichen nationalen Interessen mittelfristig nicht absehbar. Man sollte hier realistisch bleiben: Industriepolitische Grundsätze ändern sich nicht über Nacht.

Die mit der neuen EU-Vergaberichtlinie erschwerte Anwendung von Offsets und der von der EDA entwickelte Verhaltenskodex sind jedenfalls Schritte in die richtige Richtung.

- Noch eine abschließende Anmerkung zum Thema. Es gibt vereinzelt Stimmen, die der deutschen Amtsseite nahe legen, auch offensiv Offsetforderungen zu stellen. Sozusagen im „Gegenzug“. Ein solches Ansinnen ist kurzsichtig. Denn jeder weiß, dass sich Offsetforderungen in der Kalkulation wieder finden. Wir brauchen aber das Geld zuallererst für eine gute Ausrüstung.

### Nationale und europäische Konsolidierung

- Meine Damen und Herren, ich möchte nun zum Aspekt der nationalen und europäischen Konsolidierung der Rüstungsindustrien kommen.
- Nur mit einer technologisch führenden und leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustriestruktur kann die notwendige Ausrüstung für die Streitkräfte in Europa wirtschaftlich beschafft und langfristig die Versorgbarkeit der Waffensysteme sichergestellt werden. Die budgetären Rahmenbedingungen verlangen danach, mögliche Synergien zu nutzen, Überkapazitäten zu reduzieren und wenn möglich Parallelentwicklungen zu vermeiden.
- Wir brauchen in Deutschland wirtschaftlich starke und technologisch führende Unternehmen, die bei zukünftigen europäischen Zusammenschlüssen die Kraft haben, die industrielle Führungsrolle zu übernehmen. Unsere nationale Rüstungsindustrie bildet einen wichtigen Anteil innerhalb der europäischen Rüstungsindustriestruktur.
- Die wehrtechnischen Industrien in Europa befinden sich bereits in einem stetigen nationalen und internationalen Konsolidierungs- und Restrukturierungsprozess. Die Rüstungsunternehmen in Europa sind



zum Teil bereits heute über unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit und eigentumsrechtlicher Verflechtungen zu einer grenzüberschreitenden Industriestruktur verwoben.

- Unternehmensbeteiligungen, Zusammenschlüsse und Übernahmen innerhalb Europas und über die Grenzen Europas hinweg sind gängige Praxis. Unternehmen sind heute in einem Bereich Konkurrenten, morgen bilden sie in anderen Geschäftsbereichen nationale und internationale Allianzen. Dies schließt die transatlantische Kooperation mit ein.
- Nationale und internationale Konsolidierung werden einerseits zur Bildung von leistungsfähigen Strukturen, aber andererseits auch zur Beherrschung des Marktes durch wenige Großunternehmen führen. Dies kann zu Lasten des Wettbewerbs gehen. Daher gilt es bei der Konsolidierung Augenmaß zu wahren und ausgewogene industrielle Machtverhältnisse zu schaffen, die statt Abhängigkeiten den Wettbewerb fördern.
- Konsolidierung ist kein Selbstzweck, sondern beruht auf gemeinsamen Interessen der beteiligten Industrien sowie der einzelnen Unternehmen. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, besteht keine Veranlassung, insbesondere auf ausländische Konsolidierungsangebote einzugehen.
- Das Bundesministerium der Verteidigung begleitet und fördert innerhalb der sicherheits-, wirtschafts- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen einen durchdachten Konsolidierungs-Prozess der nationalen Industrie. Mit den gesetzlichen Möglichkeiten der Außenwirtschaftsverordnung können bei geplanten Verkäufen deutscher Rüstungsunternehmen an ausländische Investoren die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands gewahrt werden. So wird auch wichtige Technologie in Deutschland geschützt.

- Die in engem Abgleich mit der heimischen Industrie geführte Diskussion über die „wehrtechnischen Kernfähigkeiten“ war eine Bestandsaufnahme vorhandener und zukünftig wichtiger technologischer Fähigkeiten und Kapazitäten der deutschen Industrie, um den Bedarf der Streitkräfte zu decken. Erst die Klarheit über die eigenen nationalen Kernfähigkeiten ermöglicht auf europäischer Ebene eine Diskussion über die Konsolidierung der Rüstungsindustrien.

### Rüstungsexport

- Die Bundesregierung verfolgt eine verantwortungsbewusste Rüstungsexportpolitik, die auf den sog. Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000 sowie auf dem Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenausfuhren aus dem Jahr 2008 beruht. Diese Politik ist insbesondere gegenüber Ländern restriktiv ausgestaltet, die nicht der EU oder der NATO angehören bzw. der NATO gleichgestellt sind (wie Australien, Neuseeland, Japan und Schweiz).
- Wesentliche Änderungen der deutschen Rüstungsexportpolitik sind für mich nicht absehbar. Zum einen herrscht über Regierungs- bzw. Koalitionswechsel hinweg ein breiter politischer Konsens und große Kontinuität über ihre Leitlinien. Zum anderen sind uns rechtliche Grenzen gesetzt, insbesondere aus den Vorgaben des Kriegswaffenkontrollgesetzes und dem Ende 2008 verabschiedeten, für alle EU-Mitgliedstaaten rechtlich verbindlichen Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenausfuhren, der den bisher nur politisch verbindlichen EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren aus dem Jahr 1998 ersetzt hat.

- Die Bundesregierung setzt sich auf Ebene der EU für eine weitere Harmonisierung der Exportkontrollpolitik ein. Damit soll auch ein möglicher Wettbewerbsnachteil der deutschen wehrtechnischen Industrie gegenüber anderen europäischen Rüstungsunternehmen aufgrund unserer strengen nationalen Exportbestimmungen ausgeglichen werden.
- Des Weiteren tritt heute die Intra-EU-Rüstungsgüterrichtlinie in Kraft, die zum Abbau von Hindernissen für den Waren- und Dienstleistungsverkehr im Gemeinsamen Markt führen wird. Beispielsweise werden Allgemeingenehmigungen für Lieferungen an Streitkräfte oder an zertifizierte Unternehmen geschaffen. Von der nationalen Umsetzung wird auch die deutsche wehrtechnische Industrie profitieren.

#### Rüstungsexportunterstützung

- Sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte es schon angesprochen: Deutsche Unternehmen stellen sich national und im Exportbereich erfolgreich dem Wettbewerb. Letzteres ist für manche Rüstungsunternehmen existenziell, denn mit dem Bedarf der Bundeswehr allein können Fähigkeiten und Kapazitäten nicht dauerhaft erhalten werden. Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Rüstungsindustrie bei ihren Exportbemühungen, so wie dies auch andere europäische Länder für ihre Rüstungsindustrien tun, insbesondere wenn dort staatliche Beteiligungen bestehen.
- Im Ausland werden bisweilen Rüstungsaufträge mit sonstigen wirtschaftlichen Vereinbarungen zu Paketlösungen gebündelt, um so das Rüstungsgeschäft selbst attraktiver zu gestalten. Erfreulicherweise

erschließt die deutsche Rüstungsindustrie die Märkte zuallererst mit der Qualität ihrer Produkte und wirtschaftlichen Angeboten.

- Ich weiß, dass im internationalen Rüstungsgeschäft mit harten Bandagen gekämpft wird. Ich kann Ihnen aber versichern, dass die mit dem Rüstungsexport befassten Ministerien in Deutschland sich intensiv für unsere Unternehmen einsetzen. Es ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen, die Exportbemühungen der deutschen wehrtechnischen Industrie zu unterstützen. Die bei der Bundeswehr dafür vorhandenen Möglichkeiten werden bereits in vollem Umfang genutzt und weiter optimiert.
- Beispielsweise leisten unsere Streitkräfte für befreundete Nationen Ausbildungsunterstützung an bei der Bundeswehr eingeführtem Gerät. Die Bundeswehr ist auf internationalen Rüstungsmessen präsent und wirbt so für die deutsche Rüstungsindustrie.
- Die Bundeswehr ist für den deutschen Rüstungsexport der Referenzkunde. Aber, um es deutlich zu sagen, wir tun dies im Rahmen der verfügbaren finanziellen und materiellen Ressourcen. Exportunterstützung für die deutsche Industrie ist eine gemeinsame Aufgabe der Bundesregierung, aber auch des Parlaments.

#### Fazit

- Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Fazit.
- Ich möchte das eingangs Gesagte nochmals unterstreichen: Die wehrtechnische Industrie ist ein Garant für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik Deutschlands und für die Akzeptanz als Kooperationspartner im Bündnis und in Europa. Die heutige Stellung Deutschlands als anerkannter und verlässlicher Rüstungskooperations-

partner in Europa und in der NATO verdanken wir auch der leistungs- und wettbewerbsfähigen deutschen Verteidigungswirtschaft.

- Wir können die Entwicklung der wehrtechnischen Industrie in Deutschland nicht losgelöst von den rüstungspolitischen Entwicklungen in Europa betrachten. Deutschland muss jetzt mit einer zukunftsorientierten rüstungspolitischen Strategie national und europäisch die Weichen für die kommenden Jahrzehnte stellen.
- Entscheidend ist die Entwicklung einer international leistungs- und wettbewerbsfähigen Industriestruktur in Deutschland, als gewichtiger Teil einer europäischen Struktur. Nur so bleibt Deutschland auch weiterhin gefragter Rüstungskooperationspartner, nur so können Wertschöpfung, Spitzentechnologie und Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Nur so kann die notwendige Ausrüstung für die Streitkräfte in Europa wirtschaftlich beschafft und langfristig die Versorgung der Waffensysteme sichergestellt werden.
- Die Staaten Europas haben ein sicherheitspolitisches, militärisches und wirtschaftliches Interesse, erstens, den künftigen Bedarf ihrer Streitkräfte gemeinsam zu definieren und zweitens, diesen Bedarf durch eine leistungsfähige europäische Rüstungsindustriebasis – wenn zweckmäßig gemeinsam - zu decken.
- Den Weg nach Europa können Bundeswehr und Wirtschaft nur partnerschaftlich erfolgreich meistern. Nur im Dialog zwischen der deutschen wehrtechnischen Industrie und dem BMVg kann der nationale rüstungspolitische Weg richtig bestimmt werden. Dabei müssen wir wissen, was uns wichtig ist und wo Spielräume beim Interessenausgleich mit den europäischen Nachbarn sind.
- Ich sehe für die leistungs- und wettbewerbsfähige deutsche Wehrwirtschaft, egal ob mittelständisch oder international aufgestellt,

auf dem europäischen Markt mehr Chancen als Risiken. Daran wird auch die derzeitige Finanz- u. Wirtschaftskrise grundsätzlich nichts ändern. Die Rüstungsindustrie kann auf eine langfristig stabile Material- und Ausrüstungsplanung des BMVg setzen. Gerade mit Blick auf die Beschaffung und die Materialerhaltung ist die Bundeswehr auch in Zukunft für die deutsche Rüstungsindustrie ein verlässlicher Partner.

- Ich freue mich, dass sich auch die Gewerkschaften in den engen und konstruktiven Meinungsaustausch einbringen. Ich bin sicher, dass wir an diese gute Tradition auch in Zukunft anknüpfen werden. Veranstaltungen wie dieser Parlamentarische Abend eignen sich hervorragend hierfür.
- Damit schließt sich der Themenkreis meines Vortrags.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit.